

PRESSEMITTEILUNG

Kommunale Finanzen in Rheinland-Pfalz: Angeschlagen durch die Corona-Krise

Die Städte, Gemeinden und Kreise in Rheinland-Pfalz mussten in der Corona-Krise einen Steuereinbruch hinnehmen. Durch die hohen Finanzhilfen von Bund und Land erzielen sie 2020 dennoch einen Überschuss. Bei Investitionen und Kassenkrediten erreichen die Kommunen im Ländervergleich nur schlechte Werte.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Die Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die rheinland-pfälzischen Städte, Gemeinden und Kreise im Jahr 2020 finanziell belastet. So brach die Gewerbesteuer ein und entstanden hohe Mehrkosten in der Pandemie-Bekämpfung. Das berichtet der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung. Durch ein Hilfspaket von Bund und Land konnten flächendeckende Haushaltsnöte abgewendet werden und die Kommunen erreichten zum vierten Mal einen Überschuss. Negativ ist, dass die Investitionen weiterhin zu niedrig sind, und die Kassenkredite auf einem problematischen Niveau verharren.

Rückgang der Gewerbesteuer um 400 Millionen Euro

Die Krise traf die Kommunen bei den Einnahmen und Ausgaben. Der größte Effekt war der Rückgang der konjunktursensiblen Gewerbesteuer. Bundesweit brach sie um neun Milliarden ein, in Rheinland-Pfalz stand ein Rückgang im Aufkommen von 400 Millionen Euro. Auch bei der Einkommensteuer und den kommunalen Gebühren traten Verluste auf. Der Rückgang der Gewerbesteuer verlief zwischen den Städten je nach Wirtschaftsstruktur sehr unterschiedlich. Im Durchschnitt sind die rheinland-pfälzischen Kommunen trotz einiger „Ausreißer“ steuerschwach. In Hessen liegen die Einnahmen je Einwohner mehr als die Hälfte höher.

Dauerhaft zu geringe Investitionen

Die rheinland-pfälzischen Kommunen konnten ihre Investitionen zwischen 2015 und 2020 von rund 1 Milliarde Euro auf 1,7 Milliarden Euro jährlich deutlich steigern. Dennoch liegen sie im Ländervergleich nach dem Saarland auf dem vorletzten Rang. Die süddeutschen Kommunen an der Spitze erreichen die doppelten Werte je Einwohner. Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen. „Investitionen in die Infrastruktur heute sind die Wirtschaftskraft von Morgen. Land und Kommunen müssen das Niveau weiter steigern“, erklärt Kirsten Witte, Kommunal-Expertin der Bertelsmann Stiftung.

Hartz-IV-Ausgaben stabil

Trotz des wirtschaftlichen Rückgangs im vergangenen Jahr blieben die kommunalen Ausgaben für Hartz-IV stabil. Im Durchschnitt ist die Belastung der rheinland-pfälzischen Kommunen seit jeher relativ gering. Im Saarland tragen die Kommunen je Einwohner um die Hälfte höhere Lasten. Hoch sind die Ausgaben insbesondere in den Städten Ludwigshafen, Kaiserslautern und Pirmasens, die zur bundesweiten Gruppe der höchst belasteten Kommunen gehören. Demgegenüber sind die Ausgaben in den ländlichen Regionen gering. Die Stadt Ludwigshafen trägt je Einwohner fünfeinhalb Mal so hohe Ausgaben wie der Kreis Südwestpfalz.

Kassenkredite anhaltend hoch

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. In Rheinland-Pfalz liegen seit Jahren nach dem Saarland je Einwohner die höchsten Kassenkredite vor. Im Jahr 2020 trugen die Kommunen noch gut 5 Milliarden Euro; ein Rückgang gegenüber 6 Milliarden Euro in 2015. Die Haushaltsprobleme und Kassenkredite kumulieren in den kreisfreien Städten. Pirmasens, Kaiserslautern, Zweibrücken und Trier gehören seit Jahren zu den Hochburgen in Deutschland. Die gute Konjunktur der Vorjahre und die Schuldenhilfen des Landes haben nicht zu einer spürbaren Verbesserung geführt.

Bund-Länder-Hilfsprogramm sichert Haushalte

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Finanziert wurde es durch die Aussetzung der Schuldenbremse.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land gemeinsam. Da die Rezession milder verlief als geschätzt, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen sogar ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr. Hinzu kam, dass die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Beteiligung der westdeutschen Kommunen an den Kosten des „Solidarpakts Ost“ 2020 auslief. „Die Gemeinden haben rund 170 Millionen Euro mehr an Erstattung für die Gewerbesteuer erhalten, als sie letztlich verloren“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Wirtschaft der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor der Studie.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht. Für Rheinland-Pfalz bedeutete das im vergangenen Jahr rund 130 Millionen Euro. Diese Hilfen erreichen überwiegend Städte mit höheren Soziallasten. So erhält zum Beispiel die Stadt Ludwigshafen 12 Millionen Euro jährlich, für Kaiserslautern 7 Millionen Euro. „Das ist ein echter Befreiungsschlag, der neue Spielräume für die Kommunen schafft“, erklärt Geißler.

Haushaltsprobleme absehbar

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell unbeschadet überstanden. Positiv ist, dass das Land die Steuerausfälle auch in diesem Jahr teilweise übernimmt. Dennoch werden die Haushaltsprobleme wieder wachsen, da die Corona-Krise in Rheinland-Pfalz auf notorisch schwache Kommunen mit geringer Investitionskraft und hoher Verschuldung traf. „Die Resilienz der Kommunen für Krisen war gering“, sagt Witte.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet. www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de
Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de